

Medienmitteilung

Klares Nein zur Einführung von Umweltzonen

Solothurn, 23. November 2010 – Der Regierungsrat lehnt in seiner Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Strassen die vom Bund vorgeschlagene Einführung von Umweltzonen klar ab. In Umweltzonen dürften nur noch Autos fahren, die als schadstoffarm gelten. Für den Regierungsrat sind die Städte im Kanton Solothurn zu klein, als dass sie sich zur Einrichtung von Umweltzonen eignen würden. Zudem ist er der Ansicht, dass der Aufwand für Einführung und Betrieb von Umweltzonen in einem ungünstigen Verhältnis zum bisher ausgewiesenen Nutzen steht.

Was vereinzelt in grösseren europäischen Städten bereits Realität ist, soll künftig zur Verbesserung der Luftqualität auch in der Schweiz möglich sein: Die Errichtung von sogenannten Umweltzonen, die nur von Autos mit einem vergleichsweise geringen Schadstoffausstoss befahren werden dürfen. Mit der Anhörung zur Verordnungsänderung kommt das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) dem Wunsch einzelner Kantone (Kantone GE, TI) entgegen.

Kernstück der vorgesehenen Neuregelung ist die Einführung eines Vignettensystems, das die Motorfahrzeuge in vier Emissionskategorien einteilt. Je nach Restriktionsstufe darf die gesondert signalisierte Umweltzone befahren wer-

den oder nicht. Für die Ausgabe der Vignetten sollen die kantonalen Zulassungsstellen zuständig sein.

Der Regierungsrat stützt seine Haltung u.a. darauf ab, dass wissenschaftliche Untersuchungen bislang nicht belegen konnten, dass durch die Errichtung einer Umweltzone, in der ein Fahrverbot für Fahrzeuge mit erhöhtem Schadstoffausstoss gilt, die Luftqualität signifikant verbessert wird. Zudem erfülle bereits heute ein Grossteil des Fahrzeugparks in der Schweiz die Anforderungen der geplanten Umweltzonenvignette.

Weitere Auskünfte erteilt:

Bernardo Albisetti, Departementssekretär Bau- und Justizdepartement,
032 627 25 99